

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 98 (2023)
Heft: 2

Artikel: Boris Pistorius übernimmt eine Mammutaufgabe
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1047598>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Boris Pistorius übernimmt eine Mammutaufgabe

Nun soll Boris Pistorius, ein SPD-Politiker aus Niedersachsen, die Zeitwende der deutschen Sicherheitspolitik anpacken. Seine Vorgängerin im Verteidigungsministerium, Christine Lambrecht, gab nach 13 Monaten und einigen Fehlritten ihr Amt auf.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

Am 16. Januar 2023 trat die Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) von ihrem Amt zurück. In der Begründung für ihren Rücktritt schrieb Lambrecht: «Die monatelange mediale Fokussierung auf meine Person lässt eine sachliche Berichterstattung und Diskussion über die Soldatinnen und Soldaten, die Bundeswehr und sicherheitspolitische Weichenstellungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands kaum zu».

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wurde dafür kritisiert, dass er mit der Berufung eines neuen Verteidigungsministers zu lange gewartet habe. Seine Wahl fiel auf den Innenminister des Bundeslandes Niedersachsen, Boris Pistorius (SPD).

Christine Lambrecht – Zeitwende?

Nach 13 Monaten Amtszeit trat die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), zuvor Justizministerin in der grossen Koalition, zurück.

Lambrecht wurde von Beginn ihrer Amtszeit an ein kaum verhohlenes Desinteresse am Amt einer Verteidigungsministerin nachgesagt, dazu kamen einige fachliche Patzer und Auftritte in der Öffentlichkeit, die kritisch hinterfragt wurden. Politikwissenschaftler und Journalisten sprachen von einer «Fehlbesetzung», von «peinlichen Pannen», von «einer für das Amt einer Verteidigungsministerin un-

geeigneten Parteifreundin des Bundeskanzlers Olaf Scholz» (SPD).

Der «eigentliche Skandal, sei dass der Bundeskanzler viel zu lange an seiner ungeeigneten Ministerin festgehalten» hatte, dass «Lambrecht vom Militär keine Ahnung hatte und niemals Zugang zu den Soldatinnen und Soldaten gefunden hatte».

Ob das von ihr selbst gemachte Foto ihres Sohnes in einem Bundeswehrhubschrauber auf dem Weg in den Urlaub nach Sylt – der Umweg war ein kurzer Truppenbesuch –, ihr Truppenbesuch in Mali in Pumps, ein euphorisches Silvester-video vor knallender Kulisse in Ostberlin,

während in der Ukraine scharf und in Berlin mit Schreckschusswaffen und Feuerwerkskörpern auf Rettungskräfte geschossen wurde, Kritiker bemängelten bei der Verteidigungsministerin vor allem ein angemessenes Auftreten als Verteidigungsministerin.

Nüchtern betrachtet war Lambrecht zu keinem Zeitpunkt in der Lage, die Bundeswehr in Zeiten des Ukrainekrieges (von Bundeskanzler Scholz als «Zeitenwende» bezeichnet) zu führen und zu reformieren.

Zu Beginn des Ukrainekrieges verkündete sie die Lieferung von Helmen an die Ukraine anstatt Gewehren und schweren Waffen als grossen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der Ukraine, was zu einem internationalen bitteren Witz wurde.

Anfang Januar 2023 gab es mediale Berichte, dass die Bundeswehr trotz des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro offenbar nicht mal genügend Geld für Treibstoff und Manöver hat.

So lag allein der Finanzbedarf für Manöver im Jahr 2023 bei rund 340 Millionen Euro, im Verteidigungshaushalt der Am-



Bilder: Bundeswehr

Der neue Bundesminister der Verteidigung: Boris Pistorius.



Seine Vorgängerin, Christine Lambrecht, trat nach 13 Monaten im Amt zurück. Kritiker ärgerten sich an ihrem kaum verhohlenen Desinteresse für die Bundeswehr.

pel-Koalition für 2023 seien dafür aber nur 253 Millionen Euro veranschlagt worden.

Die 100 Milliarden Euro Sondervmögen für die Bundeswehr, die Bundeskanzler Scholz kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im letzten Februar angekündigt hatte, klingen zunächst einmal nach viel Geld.

Doch bei den zahlreichen strukturellen und gravierenden Mängeln, die 100 Milliarden Euro, gestreckt über mehrere Jahre und in der Kaufkraft geschrumpft durch die aktuelle Rekordinflation, sind deutlich kleiner als sie zunächst wirken. Die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) hatte kurz nach dem Rücktritt der Verteidigungsministerin Lambrecht (SPD) 300 Milliarden Euro insgesamt gefordert, um «signifikant etwas zu verändern».

Ebenso sieht das die CDU/CSU, Roderich Kiesewetter, Mitglied des Bundestages, Sicherheits- und Aussenpolitiker und Oberst a.D., erklärte, die 100 Milliarden Euro würden «bei weitem nicht» ausreichen, die Bundeswehr zur stärksten Landstreitkraft Europas zu machen.

In Bezug auf die Ausrüstung der Bundeswehr steht eine allgemeine aktuelle Erkenntnis, dass die Bundeswehr «von fast

allem zu wenig hat» und «das was sie hat, funktioniert teilweise nicht zuverlässig».

Das Puma-Dilemma

Das jüngste dramatische Beispiel dafür sind die Puma-Schützenpanzer. Kurz vor dem Jahreswechsel 2022/2023 fielen bei einer Übung von 18 Puma-Schützenpanzern 18 aus, und das kurz bevor die Bundeswehr zu Beginn des Jahres 2023 die Führung der schnellen NATO-Eingreiftruppe VJTF (Very High Readiness Joint Task Force) übernehmen sollte. Für diese Aufgabe muss sie nun auf deutlich ältere Marder-Schützenpanzer zurückgreifen.

Beschaffungswesen

Mit das grösste strukturelle Problem der Bundeswehr ist die Beschaffung. Mangelhafte Schützenpanzer, leere Munitionsdepots, fehlende persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten. Die zügige Auswahl, Bestellung und Lieferung von Waffen und anderer Ausrüstung für die Bundeswehr sind seit Jahren ein Problem, das keine Bundesregierung grundlegend angehen möchte, zu bürokratisch die Bestimmungen des Vergaberechts, zu behäbig das Beschaffungswesen.

Allein viel Geld, das neue Sondervmögen, wird diese strukturellen, rechtlichen, organisatorischen und politischen Probleme nicht lösen.

Boris Pistorius

Boris Pistorius wurde 1960 in Osnabrück geboren, leistete vor seinem Jura-Studium seinen Grundwehrdienst im damaligen Flugabwehrregiment 11 in Achim/Niedersachsen ab und ist Rechtsanwalt.

Als Sohn einer Landtagsabgeordneten engagierte er sich früh in der SPD. Von 2006 bis 2013 war er Oberbürgermeister von Osnabrück, vom 2013 bis 2023 Innenminister des Landes Niedersachsen.

Seine Parteikollegen, beispielsweise Georg Maier, SPD-Innenminister in Thüringen, kommentierten den Wechsel von Pistorius aus dem Innenministerium von Niedersachsen in das Bundesministerium der Verteidigung mit den Worten: «Boris Pistorius ist hervorragend für das Amt des Verteidigungsministers geeignet. Er ist durchsetzungsstark und entscheidungsfreudig.»

Er könne sich schnell in komplexe Themen einarbeiten und agiere in Verhandlungen sehr geschickt und zielorien-

tiert. Im Kreis der Innenminister von Bund und Ländern hat er sich in den vergangenen Jahren einen Ruf als kenntnisreicher Fachpolitiker für Innere Sicherheit erworben.

CDU-Verteidigungspolitiker Florian Hahn kommentierte zur Berufung von Pistorius zum Bundesverteidigungsminister, Boris Pistorius habe weder militärische noch bundespolitische Expertise und nach medialer Berichterstattung über die Auswahl eines neuen Verteidigungsministers durch Bundeskanzler Scholz offensichtlich nicht die erste Wahl, sondern «eher dritte Wahl» gewesen zu sein.

Es bleibt zu konstatieren, dass verschiedene Politiker vor Pistorius, beispielsweise die frühere Familienministerin Anne Spiegel und der frühere SPD-Parteichef Kurt Beck, an der Aufgabe gescheitert sind, von der Landes- in die Bundespolitik zu wechseln.

Militärische und zivile Verteidigung

Als Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 von der «Zeitenwende» sprach und im Bundestag für ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr warb, meldete sich kurz darauf Pistorius als Niedersächsischer Innenminister zu Wort. Seine Botschaft war: Militärische Verteidigung ist wichtig, aber der Staat müsse sich ebenso um die zivile Verteidigung kümmern.

Daher präsentierte Pistorius einen Finanz- und Aktionsplan, aus dem hervorging, dass Deutschland in zehn Jahren zehn Milliarden Euro investieren müsse, für Transporthubschrauber sowie die Ab-

wehr von chemischen, biologischen oder radiologischen Gefahren.

Der Erwartungsdruck auf Pistorius ist hoch, von vielen Seiten. Viel Zeit um sich einzuarbeiten, hat Pistorius nicht.

Aktuelle Probleme und Aufgaben

Spätestens seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine muss der Bundesregierung, muss dem Verteidigungsminister klar sein, dass die Bundeswehr so schnell wie möglich wieder für die Bündnisverteidigung ertüchtigt werden muss, sprich: ein Paradigmenwechsel, weg von out of area-Einsätzen wie in Afghanistan bis 2021 und hin zur Bündnisverteidigung in Europa muss angesichts dieses neuen Ost-West-Konflikts her.

Bündnisverteidigung in Europa erfordert nun wieder die Capabilities, die man nach dem Ende des Kalten Krieges abgebaut hat, Kampfpanzer, Luftabwehrfähigkeiten, Artillerie, moderne Kampfflugzeuge.

Wie dramatisch die Lage bei der Bundeswehr ist, zeigt auch die Verfügbarkeit von Munition. Derzeit könnte die Truppe nach übereinstimmenden Berichten über interne Einschätzungen im Ernstfall nur wenige Tage durchhalten - danach wäre die Munition aus.

Die Vorgaben der NATO sehen eigentlich vor, dass ihre Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2031 Munition für 30 Tage vorhalten müssen. Dafür wären nach Angaben des Verteidigungsministeriums bei der Bundeswehr mindestens 20 Milliarden Euro notwendig. Für das laufende Jahr

sind bisher aktuell jedoch nur 1,1 Milliarden Euro dafür vorgesehen.

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sicherte Bundeskanzler Scholz zu, Deutschland werde das bereits 2014 vereinbarte NATO-Ziel (2% des BIP) bei den Verteidigungsausgaben «von nun an - Jahr für Jahr» erreichen.

Doch die zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird Deutschland wohl auch dieses Jahr nicht schaffen. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft wird dies voraussichtlich erst 2024 und 2025 der Fall sein, weil dann Ausgaben aus dem Sondervermögen zu Buche schlagen und der eigentliche Verteidigungshaushalt in diesem Jahr sogar leicht sinkt.

Bundeswehr gilt als schwerfällig

Die Bundeswehr gilt in ihren Entscheidungs- und Führungsstrukturen nach Einschätzung verschiedener Experten als schwerfällig und schlecht organisiert. Dringend reformbedürftig ist auch nach 14 Monaten der Ampel-Koalition das Beschaffungswesen der Bundeswehr. Zuständig für Anschaffungen ist das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz, dieses wird als überbürokratisiert und unterbesetzt bewertet.

Ende Dezember 2022, wenige Tage vor dem Rücktritt der damaligen Verteidigungsministerin Lambrecht, forderte die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl (SPD), einen regelmässigen Report



Revision von Geländefahrzeugen: Das Beschaffungswesen der Bundeswehr ist von einer ausgeprägten Trägheit geprägt.



Boris Pistorius hat sich bisher einen Namen in der Politik auf Stufe seines Bundeslandes Niedersachsen gemacht.



Boris Pistorius hat nun die Führung der Bundeswehr übernommen und soll diese zur «Zeitenwende» führen, eine Mammutaufgabe.

zur Modernisierung der Bundeswehr aus dem vom Parlament beschlossenen 100-Milliarden-Sondervermögen für Waffen und Ausrüstung.

Mit einem solchen regelmässig aktualisierten Bericht dazu, wofür die 100 Milliarden Euro ausgegeben werden, was bestellt ist und was erreicht wurde, wolle sie für mehr Transparenz sorgen. Högl: «Wir haben so etwas ja beispielsweise bei den Unterstützungsleistungen für die Ukraine. So eine regelmässige Bestandsaufnahme, einen Zeitenwende-Report, fände ich für das Thema Sondervermögen sinnvoll.»

Um bei der Vollausrüstung der Streitkräfte schneller voranzukommen, sollte zudem mindestens zeitweise auf das bestehende, komplizierte Regelwerk verzichtet werden, erklärte die SPD-Politikerin: «Die 100 Milliarden Euro dürfen nicht in den vorhandenen Strukturen und Verfahren vergeben werden. Dann kommen wir nicht vorwärts», so Högl.

Es sei nun am Verteidigungsministerium, einen Vorschlag zu machen. In der Bundeswehr gebe es nach Einschätzung

der Wehrbeauftragten eine grosse und berechtigte Erwartung, dass die Vollausrüstung der Bundeswehr nun schnell vorankommt. In der Corona-Pandemie sei Deutschland in der Lage gewesen, ein Regelwerk sehr schnell zu verändern. «Wir haben jetzt eine Lage, es gibt einen Krieg in der Ukraine, wir müssen unsere Regeln anpassen. Und das heisst nicht mehr und noch komplizierter, sondern mit Nachdruck beschleunigen und entschlacken.

Man kann das zeitlich befristet und europäisch vereinbaren», sagte sie. Und: «Ohne ein gesondertes Regelwerk für diese Situation werden wir die 100 Milliarden Euro nicht so zügig und konzentriert ausgeben können, wie das notwendig ist.» Im Bundestag sei das mehrheitsfähig.

Abschliessend mahnte die Wehrbeauftragte, den Blick nicht nur auf die Ausrüstung, sondern verstärkt auch auf das Personal zu richten. «Wir reden sehr viel über Material, aber der Knackpunkt ist das Personal, die Bundeswehr besteht zuallererst aus 182 000 Soldatinnen und Soldaten», sagte sie.

Sie erlebe die Bundeswehr als sehr belastet. Högl: «Im Jahresbericht der Wehrbeauftragten steht seit Jahren: 20 000 Dienstposten sind nicht besetzt und an vielen Stellen ist nicht die richtige Person zur richtigen Zeit auf dem richtigen Dienstposten.»

Fazit

Die Berufung der damaligen Justizministerin Christine Lambrecht von Bundeskanzler Olaf Scholz zur Bundesverteidigungsministerin rief Überraschung hervor.

Spätestens seit Beginn des Ukrainekrieges wurde das Amt der Bundesverteidigungsministerin zu einem der wichtigsten in der Bundesregierung.

Christine Lambrecht wurde politisch und medial ab ca. der Hälfte ihrer 13-monatigen Amtszeit stark kritisiert, die Mängelliste der Bundeswehr wurde immer grösser.

Boris Pistorius hat nun die Führung der Bundeswehr übernommen und soll diese zur «Zeitenwende» führen, eine Mammutaufgabe. 